Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 11. Wahlperiode, 1983-84

11.09.1986 - Drucksache 11/704

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/704
11. 09. 86

Antrag der Fraktion der GRÜNEN

Sicherung der maritimen Verbundwirtschaft in Norddeutschland

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) wendet sich gegen alle Konzepte, die einen drastischen Abbau von Werftarbeitsplätzen als Antwort auf die anhaltende Krise im Schiffbau vorsehen.

Sie fordert statt dessen den Erhalt aller Werftstandorte, um die vielfältigen menschlichen Qualifikatioen und technischen Potentiale der Werften als Basis für eine Erneuerung der Küstenökonomie zu erhalten.

2. Die Absicherung der Werftarbeitsplätze ist nur möglich, wenn das Auftragsvolumen für die norddeutschen Werften wieder erhöht und stabilisiert werden kann und gleichzeitig die Umstellung auf schiffbaufremde, sozial nützliche Fertigung beschleunigt wird.

Weitere Schiffbausubventionen, die zur Vermeidung von kurzfristigen Auftrags- und Beschäftigungseinbrüchen unausweichlich sind, müssen deshalb mit der Erweiterung der Produktpalette der Werften und einer Stärkung der regionalen Wirtschaftsstruktur an der Küste verbunden werden.

Schiffbauförderung, Hilfen für die Produktionsumstellung und regionale Strukturprogramme müssen Hand in Hand greifen.

3. Die Krise im Schiffbau, das dramatische Schrumpfen der bundesdeutschen Handelsflotte und die zunehmende Gefährdung der norddeutschen Häfen als Folge der Umwälzungen auf den internationalen Transportmärkten stehen in enger Verbindung. Mit dem Ausbluten der Werftindustrie und der Schiffahrt unter bundesdeutscher Flagge ist die gesamte maritime Verbundwirtschaft gefährdet, die das Rückgrat der norddeutschen Küstenökonomie bildet. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert deshalb die Bundesregierung auf, den handelspolitischen Rahmen zu schaffen, um eine gesicherte Grundauslastung von Werften, Handelsflotte und Häfen in Norddeutschland zu gewährleisten. Dies ist nur durch eine politische Regulierung des Wettbewerbs auf Bundes- und EG-Ebene möglich.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht in der weiteren Militarisierung des Schiffbaus, insbesondere im Bau von Kriegsschiffen für den Export, keinen akzeptablen Ausweg aus der Werftkrise.

5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert aus diesen Erwägungen heraus:

a) die Ausweitung von ladungslenkenden Vereinbarungen entsprechend dem internationalen UNCTAD-Kodex auf den Seehandel zwischen Industriestaaten

b) die Förderung der Schiffbaunachfrage durch höhere Umwelt- und Sicherheitsstandards für Seeschiffe sowie durch ein Abwrackprogramm für veraltete Kapazitäten

c) eine verstärkte Kooperation der Werften und der regionalen Wissenschaftseinrichtungen bei Forschung und Entwicklung, Akquisition und Marketing

d) ein großangelegtes Struktur- und Beschäftigungsprogramm für die Küste, das zu je 50 Prozent vom Bund und den vier Küstenländern zu finanzieren ist und eine Größenordnung von 5 Milliarden DM bei einer Laufzeit von 5 Jahren erreichen sollte.

Die Schwerpunkte dieses Programms sollten auf folgenden Gebieten liegen:

— umweltfreundliche Energieversorgung und Energietechnik
— Gewässersanierung
— Abfall-Recycling
— öffentlicher Nah- und Fernverkehr
— ökologische Landwirtschaft
— Stadt- und Dorferneuerung

e) Strukturhilfen des Bundes für die Entwicklung und Vermarktung neuer Produkte auf den Werften

f) eine Qualifikationsoffensive für Arbeitskräfte im Schiffbau bei Aufrechterhaltung ihres Arbeitsverhältnisses

g) den drastischen Abbau von Überstunden und Leiharbeit im Schiffbau

h) die Umwandlung von staatlichen Zuschüssen an die Werften in öffentliche Beteiligung zumindest in Höhe der Sperrminorität am Gesellschaftskapital. Die Verwaltung dieser Beteiligungen soll gemeinsam von Ländern und Standortgemeinden erfolgen.

6. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstreicht, daß diese Maßnahmen spätestens zu Beginn des Haushaltsjahrs 1987 anlaufen müssen, um irreversible industrie- und beschäftigungspolitische Verluste für die Küstenregionen zu vermeiden. Sie fordert den Senat auf, diesem Beschluß entsprechend gegenüber der Bundesregierung, im Bundesrat und gegenüber den anderen Küstenländern aktiv zu werden.

Fücks und Fraktion der GRÜNEN

Druck: Anker-Druck Bremen